

Ulrich Menzel

Japanische Außenpolitik und amerikanische Hegemoniekrise*

Verschiebungen im Weltssystem

Als Japan 1952 im Anschluß an den Friedensvertrag von San Francisco (am 8. 9. 1951 unterzeichnet und am 28. 4. 1952 in Kraft getreten) und den gleichzeitigen Abschluß eines Sicherheitsvertrages¹ mit den USA von der Siegermacht des Pazifikkriegs in die Souveränität entlassen wurde, konnte das Land sich in den folgenden 20 Jahren ganz auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren. Nach außen verließ man sich darauf, daß die in den 1950er und 1960er Jahren uneingeschränkte amerikanische Hegemonie² gleichermaßen ein reibungsloses Funktionieren der Weltwirtschaft wie den politisch-militärischen Schutzschirm im Ost-West-Konflikt garantierte, der in Ostasien neben Mitteleuropa seinen zweiten großen Schauplatz hatte. Im Innern sorgten die traumatischen Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki, die breite pazifistische Grundströmung in der Bevölkerung nach der katastrophalen Niederlage im Pazifikkrieg und nicht zuletzt die von der amerikanischen Besatzungsmacht mehr oder weniger oktroyierte Friedensverfassung dafür, daß militärische und sicherheitspolitische Fragen einen denkbar geringen Stellenwert in der japanischen Politik einnahmen. Die USA waren bereit und in der Lage, die globalen Verteidigungskosten für Japan zu tragen und gleichzeitig über die Öffnung ihrer Märkte seine rasche wirtschaftliche Erholung zu fördern. Für japanische Außenpolitiker bedeutete das die willfährige Akzeptanz der Rolle des Juniorpartners gegenüber den USA und den Verzicht auf eine eigenständige Außenpolitik.

Diese lange Zeit gültige Grundkonstellation hat seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend ihre Gültigkeit verloren. Die wirtschaftliche Restauration Westeuropas und vor allem der Aufstieg Japans zur mittlerweile zweitgrößten Wirtschaftsmacht noch vor der Sowjetunion seit 1981, wenn man den Schätzungen der Weltbank über das sowjetische Sozialprodukt folgt (Ozaki 1985, S. 2), haben die weltwirtschaftliche Dominanz der USA in Frage gestellt. Das Ende des Systems von Bretton Woods 1973, das jährlich neue Rekordhöhen erreichende amerikanische Handelsdefizit (1980 = 25,5 Mrd. US-\$, 1985 bereits 148,5 Mrd. US-\$)³, das größte Budgetdefizit in der amerikanischen Geschichte, derzeit etwa das Vierfache wie auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkrieges, und die Krise der »alten« Industrien in den Regionen von Pittsburgh, Detroit und Chicago sind nur allzu bekannte In-

* Dieser Aufsatz ist im Rahmen eines laufenden Forschungsprojekts zum Thema »Hegemoniekrise und Kriegswahrscheinlichkeit« entstanden, das der Verfasser zusammen mit Dieter Senghaas an der Universität Bremen durchführt. Ein Abschluß des Projekts ist für das Frühjahr 1988 zu erwarten. Deshalb haben die im Folgenden dargelegten Ausführungen eine Vorläufigkeit und sind eher als Thesen des Autors zu verstehen. Aufgrund des knappen Raums wurde auf empirische Anreicherung sowie eine Diskussion der einschlägigen Literatur weitgehend verzichtet und bei den Quellen- und Literaturangaben nur auf eine begrenzte Auswahl verwiesen.

diktoren, die diesen relativen Niedergang anzeigen.⁴ Eine wesentliche Ursache ist die von Japan und zunehmend auch anderen ostasiatischen Schwellenländern ausgehende Umstrukturierung der internationalen Arbeitsteilung. Deren preislich und qualitativ überlegene Produkte haben in den USA ihren mit Abstand wichtigsten Exportmarkt gefunden.

Von ebenso globaler Bedeutung ist, daß die Sowjetunion militärisch aufgeholt und gleichgezogen hat, so daß auch auf diesem Sektor die amerikanische Dominanz in Frage gestellt ist. Ein Indikator dafür ist, daß die US-Globalstrategie nicht mehr davon ausgeht, zwei große und einen kleinen Krieg, also etwa in Europa, Asien und Mittelost, gleichzeitig führen zu können; man begnügt sich vielmehr mit der Kapazität für 1 1/2 Kriege. Seit Antritt der Reagan-Regierung wird zwar mit Vehemenz versucht, von der Discommitment-Politik der Nixon- und der Carter-Regierung abzurücken und zumindest auf militärischem Gebiet alte Positionen zurückzugewinnen. Dieser Versuch hat aber die wirtschaftlichen Probleme verschärft. Die seitdem rapide steigenden Rüstungsausgaben, ablesbar an der Zunahme des Verteidigungshaushalts von 157,5 Mrd. US-\$ (1981) auf 252,7 Mrd. US-\$ (1985), sind nur durch ein wachsendes Haushaltsdefizit zu bestreiten. Die daraus resultierende Hochzinspolitik führte zwar zu einem ausreichenden Kapitalimport, gleichzeitig aber auch zu einem starken Dollar (bis zum Herbst 1985), der die internationale Konkurrenzfähigkeit der US-Wirtschaft zusätzlich verschlechterte und diejenige Japans, aber auch einiger westeuropäischer Länder, auf dem amerikanischen Markt entsprechend verbessert hat. Die USA wurden 1983 erstmals seit dem Ersten Weltkrieg wieder zu einem Nettoschuldnerland, Japan dank der hohen Handelsüberschüsse (1986 bereits etwa 77 Mrd. US-\$) erstmals 1984 mit 40 Mrd. und 1985 mit über 50 Mrd. US-\$ zum größten Kapitalexporteur der Welt.⁵ Die USA haben also nicht nur ihre militärische Dominanz weitgehend eingebüßt, sie sind auch immer weniger in der Lage, die Kosten für den Hegemonieanspruch aus eigener Kraft aufzubringen. Ihre Alliierten werden dabei aber nicht nur finanziell zur Kasse gebeten.

Die neue Runde im Rüstungswettlauf setzt bekanntlich nicht nur auf schiere Masse, d.h. noch mehr Overkill-Kapazitäten, sondern auf eine neue *Qualität* der Rüstung (SDI, Miniaturisierung von Waffensystemen, »denkende« Waffen, Radarstrahlen absorbierende »Stealth«-Flugkörper u.a.) der Beteiligten. Vor diesem Hintergrund wird in den USA nicht ohne Grund angenommen, daß die Sowjetunion nicht nur von der wirtschaftlichen Kapazität sondern vor allem auch von der technologischen Leistungsfähigkeit her an Grenzen stößt, in der neuen Runde des Rüstungswettlaufs mitzuhaltenden. Besonderes Kennzeichen dieser neuen, hier verlangten Technologien ist ihr *dualer* Charakter. Sie sind nicht mehr eindeutig als reine Militärtechnologien zu identifizieren sondern vielfach gleichermaßen für zivile Zwecke verwendbar bzw. aus zivilen, also rein wirtschaftlichen Gründen entwickelt worden.

Um die rüstungstechnologische Führerschaft zu behaupten, wird deshalb neben den eigenen Forschungsanstrengungen eine Doppelstrategie verfolgt.⁶ Einerseits soll nach Möglichkeit jeder, auch nur im weitesten Sinne militärisch relevante Technologietransfer in die Sowjetunion oder unter ihrem Einfluß stehende Länder unterbunden werden, um so zu verhindern, wie es jüngst ein amerikanischer Politiker ausdrückte, einen zweiten Rüstungshaushalt zu finanzieren. Das betrifft nicht nur den eigenen Export sondern erstreckt sich auch auf die Auslandstöchter von US-Firmen und über das US-Patentrecht auch auf viele

nichtamerikanische Firmen, die mit US-Lizenzen arbeiten. Aufgrund der breitgefächerten internationalen technologischen Verflechtungen und des genannten dualen Charakters vieler Technologien ist unschwer auszumalen, welchen Umfang die einschlägigen Exportverbotslisten bereits angenommen haben. Andererseits versuchen die USA durch entsprechende Abkommen, SDI ist da nur ein Beispiel, das technologische Potential ihrer Alliierten zu mobilisieren, das offenbar in wachsendem Maße als eine echte Ergänzung des eigenen angesehen wird.⁷

Strategische Veränderungen im Nordpazifik

Bevor dieser Strang der Argumentation weiterverfolgt wird, muß in groben Zügen erläutert werden, wie sich die amerikanische Hegemoniekrise in Ostasien, d.h. vor der japanischen Haustür, darstellt. Auf militärischem Feld ergibt sich folgendes Bild.⁸ Auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges war die amerikanische Präsenz aller drei Waffengattungen in der Region erdrückend. Mit dem Abzug aus Vietnam nach dem Fall von Saigon wurden nicht nur die amerikanischen Bodentruppen in Ost- und Südostasien erheblich reduziert; wichtiger noch, die 7. Flotte, deren Operationsgebiet westlich von Hawaii liegt, wurde von etwa 200 auf lediglich 55 größere Einheiten (1977) reduziert. Die bloße, wenn auch nicht verwirklichte Ankündigung der Carter-Regierung, die Truppen in Südkorea zu reduzieren, machte japanischen Politikern deutlich, daß auch ihr militärischer Vorposten, die koreanische Halbinsel, ins Wanken geraten könnte. Eine weitere empfindliche Schwächung erfuhr die 7. Flotte schließlich, als im Zuge des Golfkrieges ein Teil der Einheiten in den Indischen Ozean, den Persischen Golf und das Rote Meer verlegt wurde, um dort die Tankerrouten offenzuhalten.

Parallel dazu vollzog sich in den letzten 10-15 Jahren ein bemerkenswerter Aufbau der pazifischen Rüstung der Sowjetunion. Auch wenn das bloße Aufrechnen von Waffensystemen noch wenig über das eigentliche Stärkeverhältnis aussagt, das entscheidend von deren Qualität, Einsatzbereitschaft und Logistik abhängt, müssen die Zahlen japanischen Politikern doch zu denken geben. Faßt man die in Japan, Südkorea, Guam und auf den Philippinen stationierten US-Truppen und die 7. Flotte zusammen und vergleicht sie mit denen der Sowjetunion in Fernost, ergibt sich für das Jahr 1985 etwa folgendes Bild: 144 000 Mann, 610 Flugzeuge und 70 Schiffseinheiten mit einer Gesamttonnage von 700 000 t auf amerikanischer Seite stehen 370 000 Mann (= 41 Divisionen), 2200 Flugzeuge (darunter 440 Bomber und 1600 Kampfflugzeuge), 825 Schiffe mit 1,78 Mio t (davon 90 große Überwassereinheiten und 140 U-Boote, darunter 70 nukleargetrieben) auf sowjetischer Seite gegenüber. 1979 hat die Sowjetunion den ersten und im Februar 1984 den zweiten Flugzeugträger in Fernost in Dienst gestellt. Beide Träger dürften allerdings eher Defensivaufgaben haben, da auf ihnen nur Hubschrauber und Senkrechtstarter stationiert sind, die für den Schutz der sowjetischen Unterwasserflotte gedacht sind. Aus japanischer Sicht am bedeutsamsten dürften die 135 in Asien stationierten SS-20 und die 85 Backfire-Bomber sein, in deren Reichweite Japan liegt, sowie der Aufbau von amphibischen Einheiten und die Aufstellung der einzigen Marineinfanteriedivision, über die die Sowjetunion verfügt.

Hinzu kommt der geostrategische Zugewinn. Hierbei ist weniger an den zweifelhaften Erfolg in Afghanistan gedacht als vielmehr an die Anlage von sowjetischen Basen auf den südlichen Kurilen seit 1978, also in unmittelbarer Nachbarschaft zu Hokkaido, und an die ständige Benutzung der ehemaligen US-Basen in Vietnam (Da Nang und Cam Ranh Bay).⁹ Darüber darf allerdings eine wesentliche Schwäche nicht vergessen werden. Die pazifische Überwasserflotte hat ihren Ausgangshafen in Wladiwostok, d.h. innerhalb der Japan-See, die Unterwasserflotte in Petropawlowsk auf der Halbinsel Kamtschatka. Die strategischen U-Boote und damit der Kern des seegestützten sowjetischen Abschreckungspotentials verkehren im Ochotskischen Meer. Jahreszeitliche Vereisung, mangelhafte Transportanbindung, Petropawlowsk ist nur saisonal auf dem Seeweg zu versorgen, und vor allem die mögliche Sperrung der drei Ausgänge aus der Japan-See schränken die Operationsfähigkeit der sowjetischen Pazifikflotte erheblich ein, wenn auch mit der Baikam-Amur-Magistrale inzwischen eine zweite Transportlinie neben der Tanssibirischen Eisenbahn in Richtung Fernost in Betrieb genommen wurde und pikanterweise ausgerechnet japanische Firmen das Wartungsdock in Wladiwostok geliefert haben, das auch von den sowjetischen Flugzeugträgern benutzt werden kann.

Nicht nur in Europa, auch in Fernost hat die sowjetische Rüstung beträchtlich aufgeholt. Lediglich bei den Flugzeugträgern und vor allem durch die unvergleichlich besseren Operationsmöglichkeiten der Flotte haben die USA nach wie vor einen klaren Vorteil. In Japan wird jedenfalls die Sowjetunion seit dem Verteidigungsweißbuch von 1978 offiziell als eine Bedrohung dargestellt, auch wenn nicht ganz klar ist, gegen wen sich die sowjetische Rüstung in der Region (China, USA?) eigentlich richtet. Aus amerikanischer Sicht hat Japan mithin eine geostrategische Funktion bekommen (Blockade der Japan-See), die der Norwegens (Eismeer), Dänemarks (Ostsee) und der Türkei (Schwarzes Meer) vergleichbar ist. Diese Herausforderung für die US Militärmacht im Pazifik korrespondiert negativ mit wachsenden Problemen, die die wirtschaftliche Sicherheit Japans betreffen. Auch wenn entgegen der landläufigen Vorstellung Japan keine eigentliche Exportnation ist, seine Exportquote ist mit etwa 12 Prozent nur halb so groß wie die der Bundesrepublik, so kann man die japanische Wirtschaft doch als *qualitativ* außenhandelsabhängig bezeichnen. Japan ist, anders als die USA, bei den meisten Energieträgern und Rohstoffen zu nahezu 100 Prozent und bei Nahrungsmitteln zu etwa 50 Prozent auf den Import angewiesen (Vernon 1983, Chapman 1983). Die Exportanstrengungen der letzten 20-30 Jahre erklären sich also zum Teil daraus, daß man die Devisen erwirtschaften mußte, um die wachsende Einfuhr von Öl, Kohle, Holz, Erzen, Baumwolle, Soja, Getreide, Fleisch u.a. zu finanzieren. Hauptlieferanten sind neben den USA und Kanada die südpazifische Region (Australien, ASEAN) und die Länder am Persischen Golf. Japan hat also, stärker noch als die USA, ein existenzielles Interesse, daß diese Rohstoffzufuhr reibungslos funktioniert. Die zweimalige Ölpreiserhöhung und die Angriffe auf Tanker im Golf haben nur zu deutlich gemacht, wie verletzlich die japanische Wirtschaft ist.

Eine Konsequenz aus dieser Einsicht war in den 1970er Jahren die Absicht, sich in großem Stil an der Rohstofferschließung Sibiriens zu beteiligen, um so langfristig eine regional diversifizierte Rohstoffversorgung zu erreichen (Ahrens-Thiele 1977). Das pragmatische Interesse an diesem Geschäft schien stärker zu sein als die beiderseitigen politischen Konflik-

te, insbesondere die Kurilen-Frage. Daß es nicht zu diesen viele Milliarden US-\$ verlangenden Investitionen gekommen ist, hatte im wesentlichen zwei Gründe. Zum einen stellte der Preisverfall bei Öl und anderen Rohstoffen die Rentabilität dieser Projekte in Frage, die sowjetische Seite hatte wohl auch überzogene Preisvorstellungen, zum anderen hat massiver amerikanischer Druck die Geschäfte zum Scheitern gebracht. Zusammen mit der Erschließung und dem Abbau der Öl-, Gas- und Buntmetallvorkommen wäre auch ein erheblicher Infrastrukturausbau Sibiriens (Eisenbahnen, Pipelines, Häfen) in Richtung Pazifik notwendig gewesen. Diese Infrastruktur hätte zweifellos nicht nur wirtschaftlichen sondern auch militärischen Zwecken gedient, indem die mangelhafte Transportanbindung der sowjetischen Pazifikflotte wesentlich verbessert worden wäre (Kerns 1982). Japan sollte die notwendigen Förder-, Pipeline- und off shore-Technologien liefern, wobei japanische Firmen teilweise wieder auf US-Lizenzen hätten zurückgreifen müssen. Der japanische Versuch, US-Firmen in diese Projekte einzubinden, ist gescheitert. Die USA waren also über politischen Druck und indirekt über das Mittel der Lizenzvergabe in der Lage, zum Scheitern der Vorhaben beizutragen. Wenn auch seitdem chinesische Lieferungen einen gewissen Ersatz bieten, so ist doch die geopolitische Konsequenz eine Zementierung der wirtschaftlichen Orientierung nach Süden. Die Alternative Festlands- oder Südorientierung stellte sich Japan bekanntlich bereits in den 1920er/30er Jahren, nur daß damals das Militär die Initiative für die wirtschaftliche Expansion ergriff.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß es nicht nur von der Liefer- sondern auch von der Absatzseite wachsende Probleme in der Region gibt. Hohe Handelsbilanzüberschüsse erwirtschaftet Japan nämlich nicht nur mit seinem Hauptkunden, den USA; auch China, Südkorea und einige ASEAN-Staaten haben mittlerweile hohe Defizite gegenüber Japan aufzuweisen, die auch dort zu entsprechenden Reaktionen geführt haben. Japans Politiker sehen sich also einer mehrfachen Zwickmühle gegenüber, die deutlich macht, wie sehr Fragen der wirtschaftlichen und der militärischen Sicherheit miteinander verwoben sind.

Wirtschaftliche Supermacht und militärischer Zwerg

Angesichts der Flut von Literatur, die sich mit Ausmaß und Ursachen des japanischen Aufstiegs zur wirtschaftlichen Supermacht befaßt (Halliday 1975, Patrick/Rosovsky 1976, Inkster 1980, Johnson 1982, Kraus 1982, Lecher/Welsch 1983, Herbinger 1985), erübrigt sich an dieser Stelle eine weitere Zusammenstellung und Gewichtung der wesentlichen Argumente. Hingewiesen werden soll lediglich auf die globalen außenpolitischen Konsequenzen dieser Ursachen.

Ein Grund, warum Japan ein so hohes Wirtschaftswachstum in den letzten 30 Jahren vorlegen konnte, war der weitgehende Verzicht auf Rüstungsausgaben.¹⁰ Dieser Verzicht ist mitverantwortlich für die durchgängig hohe Investitionsquote von 30 Prozent und mehr. Seine Ursachen sind im wesentlichen innenpolitischer Natur. Die Niederlage im Pazifikkrieg hatte den Militarismus in Japan auf lange Zeit diskreditiert. Der Artikel 9 der Verfassung, der, einmalig in der Welt, Japan das Recht zur Kriegführung untersagt und die Rolle der Armee sehr restriktiv auf reine Defensivaufgaben beschränkt, wurde lange Zeit von ei-

nem breiten Konsens in Öffentlichkeit und Politik getragen, der bis weit in die herrschende konservative Liberal-Demokratische Partei (LDP) hineinreicht. Die Akzeptanz der Armee bei der Bevölkerung ist nach wie vor gering, das Verteidigungsministerium kein Ministerium sondern nur ein »Verteidigungsamt« mit nur geringem Einfluß in der Regierung. Eine eigentliche Rüstungsindustrie, also Firmen, die überwiegend oder zumindest in erheblichem Maße von Waffengeschäften abhängen, gibt es nicht. Anzeichen eines militärisch-industriellen Komplexes sind (vorläufig) nicht zu erkennen. Hinzu kommen weitere administrative Beschränkungen, so die 1967 von der Regierung verabschiedeten drei Nicht-Nuklearprinzipien, die die Herstellung, Verwendung und Stationierung von Nuklearwaffen untersagen, auch wenn letzteres sicherlich von den US-Truppen in Japan ignoriert wird; ferner die 1976 beschlossene vorläufige Begrenzung des Rüstungsetats auf 1 Prozent des BSP, auch wenn diese Grenze durch definitonische Kunststücke unterlaufen wird, sowie das nahezu vollständige Verbot von Rüstungsexporten.

Konsequenz ist eine angesichts des Wirtschaftspotentials kleine Armee (180.000 Mann Bodentruppen), die, gemessen an den Militärausgaben, nur Platz 8 in der internationalen Militärhierarchie einnimmt. Der Ausrüstungsstand ist nach Meinung vieler Experten sowohl quantitativ wie qualitativ eher bescheiden. Die Waffensysteme wurden bislang entweder aus den USA bezogen oder in Lizenzproduktion hergestellt; neuerdings gibt es auch vermehrt Eigenentwicklungen.

Neben den politischen Gründen für das niedrige militärische Profil gibt es natürlich auch handfeste wirtschaftliche, nämlich daß die japanische Industrie mit der Beschränkung auf zivile Produkte und deren Export bislang so erfolgreich verfahren ist, der Einstieg in das Waffengeschäft sich also weder als Verlockung noch als wirtschaftliche Notwendigkeit angeboten hat. Allerdings, hier beginnt die Einschränkung, der technologische Wandel der letzten Jahre hat zwangsläufig auch zu einer Osmose von Teilen der japanischen Industrie geführt. Da, wo einige ihrer Stärken liegen, im Bereich der Mikroelektronik und der »neuen Materialien«, ist sie wegen des dualen Charakters dieser Produkte in die Nähe der zumindest militärisch nutzbaren Kapazitäten gerückt (Glazer 1985).

Der Aufstieg zur wirtschaftlichen Supermacht hat allerdings einem neuen politischen Selbstbewußtsein Nahrung gegeben, das auf eine Revision bislang gültiger außenpolitischer Grundsätze abzielt. Seit einigen Jahren wird in Japan ganz offen diskutiert, ob nicht eine der wirtschaftlichen Bedeutung angemessene weltpolitische Rolle anzustreben, mindestens aber mehr internationale Verantwortung in wirtschaftlicher, diplomatischer und ggf. auch militärischer Hinsicht zu übernehmen ist. Die neuerliche Erkenntnis der alten Achillesferse der japanischen Wirtschaft, ihre hohe Rohstoffabhängigkeit, die sich im Zuge des Nachkriegswachstums geradezu potenziert hat, tut da ein Übriges. Der derzeit zu beobachtende Rechtsruck (Kamiya 1980, Farnsworth 1981) in der japanischen Innenpolitik, repräsentiert durch die Ministerpräsidentenschaft Nakasones, den großen Erfolg der LDP bei den letzten Parlamentswahlen und die gleichzeitigen Verschiebungen innerhalb der LDP nach rechts, bildet den Hintergrund einer breiten revisionistischen Debatte, in deren Zentrum das Verhältnis zur eigenen jüngsten Geschichte und die Aufrüstungsfrage stehen. Dabei geht es indirekt natürlich auch um die japanisch-amerikanischen Beziehungen.

Konsequenzen für die japanisch-amerikanischen Beziehungen

Bei den Konsequenzen des japanischen Aufstiegs und der amerikanischen Hegemoniekrise für die bilateralen Beziehungen sollte unterschieden werden zwischen den Erwartungen und Forderungen, die die USA an Japan richten, und der innerjapanischen Diskussion über die künftige Rolle in der Welt. Es versteht sich, daß beides in einem wechselseitigen Verhältnis steht. Charakteristisch für die japanische Außenpolitik ist derzeit, daß gravierende Konflikte paradoxerweise ausgerechnet mit dem wichtigsten Verbündeten, den USA, bestehen. Auch wenn beide Seiten nicht müde werden, den ausgezeichneten Stand der Beziehungen zu betonen, läßt sich doch nicht leugnen, daß das beiderseitige Verhältnis in die ernsteste Krise seit dem Pazifikkrieg geraten ist.

Aus amerikanischer Sicht stehen dabei zwei Sachverhalte im Vordergrund. Hauptursache des hohen Handelsdefizit der USA (1986 etwa 132 Mrd. US-\$) ist Japan, obwohl Japan mittlerweile zum besten Kunden für amerikanische Produkte geworden ist. Umgekehrt resultiert der japanische Überschuß schwerpunktmäßig aus dem Warenverkehr mit den USA. Besonders bedrohlich ist dabei die Asymmetrie dieses Handels. Japan liefert im wesentlichen Güter des gehobenen Konsums (Unterhaltungselektronik, Fahrzeuge, Kameras, Uhren etc.) sowie Produktions- (Stahl u.a.) und Investitionsgüter (Schiffe, Büromaschinen etc.). Es bezieht neben einigen Hochtechnologien (u.a. Rüstungsgüter) im wesentlichen Nahrungsmittel (Getreide, Fleisch, Soja, Zitrusfrüchte) und Rohstoffe (Erz, Tabak, Baumwolle etc.). Japan ist demnach in den USA besonders wettbewerbsfähig im Bereich der Verarbeitenden und Zwischengüterindustrie, also bei Produkten mit hoher Fertigungstiefe, während die komparativen Vorteile der USA vor allem im Primärgütersektor liegen. Damit ergibt sich, was amerikanische Politiker besonders schmerzt, in der Tendenz gegenüber Japan eine Außenhandelsstruktur, die der eines typischen Landes der »Dritten Welt« nahekommt. Die unterschiedlichen spinn off- und spill over-Effekte einer solchen asymmetrischen Beziehung sind aus der entwicklungstheoretischen Literatur nur zu bekannt. Wesentlicher Unterschied ist allerdings, daß die komparativen Vorteile der US-Landwirtschaft anders als bei Dritt-Welt-Ländern durch ihre hohe Produktivität zustande kommen. Immerhin ist der Prozeß zumindest regionaler Demanufakturisierung und des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft in den USA also ganz wesentlich auf japanischen Verdrängungswettbewerb zurückzuführen. Daß inzwischen Branchen nationaler (Automobil) oder strategischer (Stahl) Bedeutung in die Krise geraten sind, dramatisiert die Situation ebenso wie der Umstand, daß diese Krisenbranchen wie in Westeuropa regional besonders konzentriert sind. Daß man in den 1950er/60er Jahren eine solche Entwicklung aus übergeordneten strategischen Überlegungen durch die Öffnung des Marktes gegenüber Japan geradezu heraufbeschworen hat, wird in der aktuellen Hysterie verdrängt.¹²

Auch wenn hier der Frage nicht weiter nachgegangen werden kann, ob höhere Arbeitsproduktivität, besseres Management, niedrigere Lohnkosten aufgrund der dualen Betriebsstruktur (geringe Löhne und Sozialleistungen in den vielen kleinen Zulieferbetrieben), niedrigere Kapitalkosten wegen des abgeschotteten Kapitalmarktes, günstige Wechselkurse, Staatsintervention oder japanischer Protektionismus im nichttarifären Bereich die Hauptursache für diese Entwicklung ist. Das Resultat ist jedenfalls wachsender amerikanischer

Druck, Japan soll seine Märkte weiter öffnen, es soll seine Aktivitäten stärker auf Binnen-sektoren konzentrieren, sowie der Ruf nach protektionistischen Maßnahmen in den USA gegen die japanische, generell die fernöstliche Konkurrenz. Praktisch ist bislang wenig dabei herausgekommen. Weder die immer neuen japanischen Programme zur Marktöffnung noch die erhebliche Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar um etwa 20 Prozent seit dem Herbst 1985 haben verhindern können, daß das Ungleichgewicht im Handel immer größer wurde. Der Kern des Problems liegt darin, daß es mittlerweile außerhalb des Agrar-, Bergbau- und Rüstungssektors nur noch wenige Branchen gibt, in denen die US-Industrie in Japan konkurrenzfähig wäre, umgekehrt wichtige japanische Exporte in den USA kaum noch auf Konkurrenz treffen, da deren eigene Fertigung inzwischen eingestellt wurde. Im Agrarbereich stellt sich die japanische Regierung besonders stur. Sie muß es auch, weil sie aus innenpolitischen Gründen einen Verdrängungswettbewerb gegenüber der bereits hochsubventionierten Landwirtschaft nicht zulassen kann, da die Regierungspartei auf dem Land einen großen Teil ihrer Mandate erringt. Also ist hier auf absehbare Zeit der Konflikt programmiert. Auf amerikanischer Seite erklingen zum Thema »japanische Herausforderung« verstärkt nationalistische Töne. Das Wort von der »gelben Gefahr« macht erneut die Runde. Reminiszenzen an den Pazifikrieg werden wach, dessen Vorgeschichte auf amerikanischer Seite bekanntlich auch durch Handelskonflikte, Protektionismus und Boykotte bestimmt wurde.

Der zweite Konflikt ist militärischer Art. Der pauschale amerikanische Vorwurf lautet, Japan leiste angesichts seines erreichten Wirtschaftspotentials einen zu geringen Verteidigungsbeitrag, würde gleichzeitig aber als »free rider« an den globalen US-Sicherheitsaufwendungen partizipieren (Curtis 1981, Brzezinski 1985). Es sei auf Dauer untragbar, daß die USA einerseits Hauptbetroffener des japanischen Konkurrenzdrucks sind, gleichzeitig aber die Sicherheitskosten für Japan übernehmen. Polemisch zugespitzt lautet das Argument: Welches Verständnis kann der arbeitslose Automobilarbeiter in Detroit dafür haben, daß die US-Navy kostenlos japanische Öltanker im Persischen Golf beschützt?

Erging der Ruf nach einem größeren japanischen Verteidigungsbeitrag lange Zeit nur ganz pauschal, wurden die Forderungen mittlerweile konkretisiert. Es geht um vier Dinge. Erstens soll der japanische Verteidigungsetat wesentlich von den offiziell ausgewiesenen 1 Prozent auf etwa 2 Prozent des BSP erhöht werden. Damit läge er immer noch erheblich unter dem NATO-Durchschnitt von 4-6 Prozent. Eine Aufstockung in dieser Größenordnung wird von den USA offensichtlich nicht nur nicht erwünscht sondern sogar gefürchtet (Finn 1983), würde sie doch Japan von Platz acht auf Platz drei der internationalen Militärrangliste katapultieren, eine Vorstellung, die den gegenseitigen Beziehungen eine andere Qualität verleihen würde. Hinter dieser Forderung steht nicht nur ein militärisches sondern auch ein wirtschaftliches Interesse, das einen der Zusammenhänge zwischen dem Handels- und dem Verteidigungskonflikt sichtbar macht. Höhere japanische Rüstung würde kurzfristig verstärkte Waffenkäufe in den USA bedeuten und damit einen Beitrag zur Reduzierung des Handelsdefizits leisten. Ein Umschichtung der Ausgaben zugunsten der Rüstung, also von einem produktiven in einen unproduktiven Sektor, könnte ferner langfristig über die Reduzierung der Investitionsquote die japanische Wettbewerbssituation verschlechtern und so ebenfalls zu einer Entspannung des Handelskonflikts beitragen. Stärkere japa-

nische Rüstung würde schließlich zur Entlastung des amerikanischen Etats für den Nordpazifik beitragen.

Zweitens zeigt das US Department of Defense (DoD), auf amerikanischer Seite zentrale Agentur für die rüstungsrelevante Forschung, ein starkes Interesse an japanischer Technologie. Hier bedarf es neben den grundsätzlichen Regierungsvereinbarungen zunächst einer umfangreichen Bestandsanalyse, welches Potential auf japanischer Seite vorhanden ist. Eine Einbeziehung des japanischen Technologiepotentials würde im neuen Rüstungswettlauf mit der Sowjetunion die Position der USA erheblich verbessern und darüber hinaus hohe Entwicklungskosten und vor allem Entwicklungszeit ersparen. Ähnliche Bestrebungen sind hinsichtlich der westeuropäischen Industrie im Gange.¹³

Der dritte und vierte Punkt betrifft konkrete strategische Überlegungen. Japan soll in die Lage versetzt werden, nicht nur eine begrenzte sowjetische Invasion abzuwehren (solange bis die USA eingreifen), sondern zusätzlich im Hinblick auf einen globalen Konflikt fähig sein, die drei Ausgänge aus der Japan-See (La Perouse-, Tsugaru- und Tsushima-Straße) zu sperren. Außerdem wird als Kompensation für die teilweise Verlegung der 7. Flotte in den Indischen Ozean eine Entlastung bei der Überwachung und Kontrolle des Nordpazifiks verlangt. Japan soll auf einer Distanz von 1000 nautischen Seemeilen, d.h. bis zum US-Stützpunkt Guam bzw. in Richtung Mittelost bis Taiwan, die Sicherung der Schifffahrtswege übernehmen. Beides bedeutet eine erhebliche qualitative und quantitative Aufstockung des Geräts, die im Rahmen der jetzigen Budgetgrenze nicht zu erzielen ist.

Die innerjapanische Diskussion, zweifellos beeinflusst durch den amerikanischen Druck, geht davon aus, daß das alte Junior-Verhältnis zu den USA nicht mehr ausreicht, den skizzierten Veränderungen der Weltlage gerecht zu werden. Das ist gleichbedeutend mit der Einsicht, daß die von Premierminister Yoshida in der unmittelbaren Nachkriegszeit begründete und von vielen seiner Nachfolger bis in die 1970er Jahre verfolgte Linie (Dower 1979, Otake 1985), keine eigenständige Außenpolitik zu betreiben, sich vielmehr ganz im Kielwasser der USA zu bewegen, keinen Bestand mehr haben kann. Unbestritten ist auch die Einsicht, daß Japan jetzt größere internationale Verantwortung zu übernehmen hat.¹⁴ Dabei spielt das Bewußtsein um die eigene Potenz aber auch um die eigenen Gefährnisse gleichermaßen eine Rolle wie die Erfahrung, daß die USA die Funktion des Weltgendarmen und Weltmaklers nicht mehr alleine ausüben können. Kontrovers ist nur *welche* Rolle Japan zu spielen hat. Die beiden wichtigsten Themenbereiche dieser Diskussion lauten seit 1979/80 »Außenwirtschaftliche Sicherheit« und »Umfassende nationale Sicherheit«.¹⁵ Letzterer Begriff ist eine Umschreibung für die Frage, ob Japan aufrüsten soll und wie das politisch durchzusetzen ist oder ob nationale Sicherheit auch mit anderen Mitteln erreicht werden kann.

In der Frage der außenwirtschaftlichen Sicherheit geht man von einer klaren Lagebeurteilung aus. Die Wirtschaft ist in hohem Maße von Rohstoff- und Nahrungsmittelzufuhren abhängig. Um diese einführen zu können, muß ein Teil der Rohstoffe in verarbeitetem Zustand wieder exportiert werden. Beides macht ein reibungsloses Funktionieren des Welt Handels notwendig. Der beste Garant dafür sei, zumindest bei den Partnern, der Freihandel. Wie bereits früher in der Geschichte wird auch in Japan die Forderung nach Freihandel erst laut, seit man in der Position der Stärke ist. Daß die USA beginnen, von der reinen Lehre ab-

zurück, kann als weiteres Zeichen von Schwäche interpretiert werden. Wenn die USA die Rolle des Garanten für eine liberale Weltwirtschaft nicht mehr alleine spielen können, ist man im Prinzip bereit, sich an dieser Garantie zu beteiligen. Gedacht wird etwa an die Liberalisierung des japanischen Kapitalmarkts, um auch dem Yen eine Leitwährungsfunktion zukommen zu lassen.

Ansonsten lassen allerdings die konkreten Vorschläge eher auf japanisches Partikularinteresse schließen. So ist man zwar bereit, mehr Entwicklungshilfe zu leisten, möchte diese aber auf den südostasiatischen Raum beschränken, der als eigene Einflußsphäre angesehen wird, während die USA ein stärkeres weltweites Engagement in Krisengebieten wünschen. Ferner ist man zwar bereit, im Nahostkonflikt Stellung zu beziehen, nimmt dabei aber eine opportunistische Haltung an, die weniger die Lösung des Konflikts als gute Beziehungen zu wichtigen Öllieferanten anvisiert. Ein pragmatisches Verhältnis zur Sowjetunion wurde trotz der Kurilen-Frage angestrebt, aber nicht so sehr, weil man prinzipiell an einer Eindämmung des Ost-West-Konflikts interessiert war, sondern weil man in Sibirien eine neue Rohstoffquelle erhoffte. Die Idee von der pazifischen Gemeinschaft wurde verfolgt, nicht weil man primär integrativ-friedenstiftende Ziele verfolgte, um die nach wie vor in der Region gegenüber Japan bestehenden Animositäten abzubauen, sondern weil man sich davon die Lösung der Einfuhr- und Absatzprobleme versprach.¹⁶ Die Debatte über Außenpolitik ist also nach wie vor von wirtschaftlichen Überlegungen bestimmt; neu ist nur, daß man zur Erreichung dieser Ziele jetzt bereit ist, größere politische Aktivitäten zu entfalten. Der wesentliche Unterschied zur amerikanischen Position besteht also darin, daß Japan nicht in den Kategorien einer Weltmacht mit allen ihren Dimensionen sondern als Regionalmacht mit primär wirtschaftlichen Interessen denkt.

In der Debatte um die umfassende nationale Sicherheit lassen sich drei klare Positionen unterscheiden.¹⁷ Eine Position sucht die pazifistische Tradition der 1950er Jahre zu bewahren, die 1960 mit dem erzwungenen Rücktritt des damaligen Premierministers Kishi anläßlich der Erneuerung des Sicherheitsvertrages mit den USA ihren Höhepunkt erreichte. Eine wirkliche Bedrohung wird in Zweifel gezogen. Falls es wirklich zum Fall des Falles kommt, wird zumindest bezweifelt, daß Japan allein, d.h. ohne die Unterstützung der USA, einen wirklichen militärischen Effekt erzielen könnte. Weitere Aufrüstung, so etwa die Kapazität zur Spargung der Wasserstraßen, würde nur unnötige Konflikte provozieren. Stattdessen wird, wenn auch die Existenz der Armee mittlerweile akzeptiert ist, die Einhaltung des derzeitigen status quo verlangt (Kamishima 1981, Hook 1982, Sakamoto 1986).

Die nationalistische Position¹⁸ auf der anderen Seite des Spektrums geht von der Einschätzung aus, daß im Zweifelsfalle nicht garantiert werden könne, daß die USA die Sicherung für Japan tatsächlich übernehmen und militärisch intervenieren. Diese Meinung ist, wie neuere Umfragen zeigen, auch in der Bevölkerung sehr verbreitet. Deshalb müsse Japan eine *eigene* militärische Abschreckung aufbauen, ggf. unter Einschluß einer Nuklearmacht, und in der Lage sein, auch in *eigener* Regie die Transportlinien bis in den Persischen Golf zu sichern, was über den 1000 Seemeilen-Radius weit hinausgehen würde. Eine solche Politik verlangt aber nicht nur eine erhebliche Aufrüstung, sondern zu allererst eine Revision der Verfassung und die Aufhebung der militärischen Selbstbeschränkungen: also Streichung des Artikel 9 und Neudefinition der Rolle der Armee, Aufhebung der Nicht-Nuklearprinzi-

pien und der Ein-Prozentgrenze, Aufbau einer eigentlichen Rüstungsindustrie und damit aus Kostengründen wegen der Skaleneffekte auch Wegfall der Rüstungsexportbeschränkungen. Das wäre gleichbedeutend mit der ungeschminkten Behauptung eines regionalen Vormachtsanspruches. Neben den zu erwartenden innenpolitischen Widerständen dürfte damit auch erheblicher außenpolitischer Zündstoff nicht nur mit den asiatischen Nachbarn sondern auch mit den USA ins Haus stehen.

Die dritte Position, die man als pragmatische bezeichnen könnte, liegt in der Mitte, weist allerdings diverse Schattierungen auf, die nicht alle das Licht der Öffentlichkeit erblicken. Sie denunziert die erste Position als »utopischen Pazifismus« und bezeichnet die zweite als »utopischen Militarismus«. ¹⁹ Selbst geht sie davon aus, daß Japans Sicherheit nur *im Bündnis* mit den USA gewährleistet werden kann, daß aber der Beitrag Japans zu diesem Bündnis ein größerer sein muß als bisher. Um wieviel dieser Beitrag zu steigern ist, ist allerdings umstritten.

Während die erste Position nur bei der parlamentarischen Opposition und der linken und liberalen publizistisch-akademischen Öffentlichkeit zu finden ist, finden sich Position zwei und drei mit allen ihren Zwischenformen innerhalb der LDP, wobei nicht nur grundsätzliche sondern auch finanzielle Einwände, etwa auf Seiten des mächtigen Finanzministeriums, gegen eine verstärkte Aufrüstung erhoben werden. Die grundsätzliche Frage in dieser Debatte lautet immer wieder, soll Japan das Bündnis stärken oder langfristig eine Alternative zu diesem Bündnis entwickeln, wobei diese Alternative sowohl pazifistisch wie nationalistisch gemeint sein kann. Wenn man die Ebene der Diskussion verläßt und sich darauf konzentriert, was politisch angestrebt wird bzw. machbar ist, muß man realistischerweise leider feststellen, daß die pazifistische Vorstellung einer »alternativen Sicherheit« keine wirkliche Chance hat. Die japanische Friedensbewegung hat gegenüber den 1950er/60er Jahren ihre Kraft verloren, auch die Oppositionsparteien haben sich mit der Existenz der Armee abgefunden. Die »realpolitischen« Alternativen bewegen sich in dem von Position zwei und drei gesetzten Diskussionsrahmen. In ihm sind fünf Optionen zur künftigen Rolle Japans in der Weltpolitik denkbar.

Fünf Optionen künftiger japanischer Weltpolitik

Option eins hieße *Beibehaltung des status quo* bei nur minimalen Konzessionen gegenüber den amerikanischen Forderungen. Man verzichtet also weiterhin auf eine wirklich eigenständige Außenpolitik und konzentriert sich wie bisher auf wirtschaftliche Belange. Um dem amerikanischen Druck Genüge zu tun, wird man ein bißchen mehr die Märkte öffnen, das aber propagandistisch gewaltig aufbauschen, wird weiterhin Produktion in die USA und andere Industrieländer auslagern, um deren protektionistischen Neigungen die Spitze zu nehmen, wird etwas mehr für die Rüstung tun, ohne aber die strategische Rolle der Armee grundsätzlich zu ändern, wird mehr bilaterale Entwicklungshilfe geben und sich stärker an der Finanzierung internationaler Organisationen beteiligen. Diese Strategie würde innenpolitisch auf keine besonderen Schwierigkeiten stoßen, da ein solches gradualistisches Vorgehen wie bisher im Rahmen der bestehenden Regelungen sich vollziehen kann. Daß

Nakasone jüngst vom »unsinkbaren Flugzeugträger Japan« gesprochen hat bzw. sein Vorgänger Suzuki bereits 1981 zugesichert hat, Japan werde die Sicherung der 1000 Seemeilen übernehmen, mag zwar dem amerikanischen Partner gefallen und in Japan einigen innenpolitischen Wirbel entfacht haben, faktisch hat sich an der japanischen Militärstrategie damit allein noch wenig geändert. Das Problem bei einer Fortsetzung der status quo-Politik ist allerdings, daß sie die Konflikte mit den USA nicht grundsätzlich löst.

Option zwei wäre der Versuch, über eine *regionale Integration* die Schwierigkeiten zu lösen. Dabei fällt zuerst das Stichwort »Pazifische Gemeinschaft«. Diese Idee ist zwar gerade von japanischer Seite besonders gefördert worden, sei es in der Variante einer Freihandelszone oder einer wirklichen Integration nach EG-Muster, sie hat aber abgesehen von einzelnen Fürsprechern in Australien oder Südkorea wenig Resonanz gefunden. Eine Verwirklichung dieser Idee ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Anders als in Westeuropa sind die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Unterschiede und Interessenlagen der ins Auge gefaßten pazifischen Anrainerstaaten zu groß, als daß hier auch nur der kleinste gemeinsame Nenner gefunden werden könnte. Außer viel bedrucktem Papier, zahlreichen Konferenzen und Sonntagsreden hat sich nichts getan. Die Alternative zu dieser institutionalisierten Südorientierung, eine vertragliche Bindung an den sibirischen Teil der Sowjetunion, ist vorläufig gescheitert. Die Erwartungen in eine weitgehende Kooperation mit China haben sich aus innerchinesischen Gründen nicht erfüllt. Was stattdessen geschieht, ist eine jeweils bilaterale Integration mit den Ländern des pazifisch-südostasiatischen Raums via Handel, Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe. Dort ist Japan mittlerweile in fast jedem Land zum wichtigsten Partner noch vor den USA aufgestiegen. In den 1960er Jahren war das noch umgekehrt. Diese Form der Integration bietet für Japan auf wirtschaftlichem Gebiet sicher eine Teillösung, zumindest was die Sicherung der Rohstoffzufuhr betrifft, sie regelt aber nicht die Probleme mit den USA.

Option drei liefe, wie in dem bereits zitierten »Inoki-Report« mehr oder weniger deutlich ausgesprochen, auf eine echte *Lastenteilung* (Byers/Ing 1985) mit den USA hinaus. Diese, auf absehbare Zeit wahrscheinlichste Politik geht von der Annahme aus, daß Japan zwar keine globale Macht ist, aber globale Interessen hat. Deshalb muß eine Stärkung der geschwächt erscheinenden USA auch im eigenen Interesse liegen. Soweit man über bloße Deklarationen hinaus nach konkreten Maßnahmen sucht, lassen sich drei Bereiche identifizieren.

Der erste Bereich betrifft die Finanzen, genauer die Finanzierung der US-Defizite. Dabei läßt sich folgende Rechnung aufmachen. Das amerikanische Budget-Defizit²⁰ stieg zwischen 1981 und 1985 von 78,9 auf 213,3 Mrd. US-\$. Dieser Zuwachs ist im wesentlichen auf die Ausweitung des Verteidigungsetats zurückzuführen, der im gleichen Zeitraum von 157,5 auf 252,7 Mrd. US-\$ erhöht wurde. Gleichzeitig verwandelte sich der Saldo der Leistungsbilanz, über den eingangs beschriebenen Mechanismus ursächlich damit in Zusammenhang stehend, von einem Überschuß von 6,3 Mrd. US-\$ (1981) in ein Defizit von 107,4 Mrd. US-\$ (1984) mit weiter steigender Tendenz für 1985 und 1986. Dieses Defizit ist nahezu vollständig auf das Handelsdefizit zurückzuführen. Ausgeglichen wird es durch die Kapitalbilanz, d.h. einen wachsenden Kapitalimport. Während 1981 noch ein Nettokapitalexport von 27,7 Mrd. US-\$ zu verzeichnen war, hat er sich bereits 1984 in einen

ausgewiesenen Nettokapitalimport von 79,9 Mrd. US-\$ (sowie etwa 30,5 Mrd. US-\$ »statische Diskrepanz«²¹) mit ebenfalls weiter steigender Tendenz verwandelt. Die USA sind also innerhalb weniger Jahre von einem Gläubigerland zum größten Schuldner der Welt abgestiegen. Hauptgrund dafür ist neben der Wettbewerbsschwäche (Handelsdefizit) das Haushaltsdefizit mit seiner zinstreibenden Wirkung, das nicht mehr allein auf dem Binnenkapitalmarkt bedient werden kann. In unserem Kontext läßt sich also argumentieren: Das amerikanische Finanzdilemma rührt daher, daß die wirtschaftliche Hegemonialposition ausgehöhlt wurde und der Versuch, die militärische Hegemonialposition zurückzugewinnen, aus eigener Kraft nicht mehr finanzierbar ist.

Woher stammen die Kapitalimporte? Wenn auch nicht ganz genau zu quantifizieren, so steht doch fest, daß seit dem Einbruch der Ölpreise nicht mehr die Golfländer sondern Japan zum wichtigsten Gläubiger der USA geworden ist. Ein großer Teil der im Handel mit den USA verdienten Dollars (1984 allein 37 Mrd. US-\$ Überschuß mit weiter steigender Tendenz) fließt in Form von Anleihen, Portfolio- und Direktinvestitionen wieder in die USA zurück. Zwischen 1980 und 1985 haben allein die japanischen Direktinvestitionen in den USA um fast 15 Mrd. US-\$ zugenommen.²² Japan übernimmt also in steigendem Maße zumindest indirekt einen Teil der Finanzierung des amerikanischen Verteidigungsbudgets. Für dieses Argument ist es nicht notwendig, daß japanische Anleger amerikanische Staatsanleihen zeichnen. Entscheidend ist, daß der amerikanische Finanzbedarf nicht mehr auf dem Binnenkapitalmarkt gedeckt werden kann. Über den Bankenmechanismus werden die ins Land geflossenen Kapitalmengen entsprechend verteilt. Selbstverständlich könnte man auch sagen, daß Japan einen Teil des Sozialbudgets, des Straßenbaus etc. finanziert, nur sind diese Positionen kaum für das Wachstum des gesamten Haushaltsdefizits verantwortlich.

In diesem Zusammenhang erscheint auch die Yen-Aufwertung seit dem September 1985 gegenüber dem Dollar um bislang etwa 40 Prozent in einem anderen Licht. Vordergründig ging es dabei um eine Verbesserung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan, hintergründig muß sie als ein japanisches Notopfer angesehen werden, bedeutet sie doch eine Reduzierung der amerikanischen Schulden um eben diesen Prozentsatz.

Zweiter Aspekt der Lastenteilung ist der Technologiebeitrag. In der Tat hat es nach längerer Sondierung im November 1983 ein Abkommen auf Regierungsebene gegeben, das eine Novität in den beiderseitigen Beziehungen, den Rahmen für den Technologietransfer von Japan in die USA abgeben soll. Auch wenn es um industrielle Beziehungen geht, spielt auf amerikanischer Seite das DoD die vermittelnde Rolle. Resultat dieses Rahmenabkommens war bislang die Entsendung von zwei Expertenteams des DoD auf den Gebieten »Luftverteidigungssysteme« und »Kommunikationssysteme«, die in Japan einschlägige Firmen inspiziert haben. Die Berichte²³ dieser Experten zeigen sich sehr beeindruckt vom Stand der Technologien und machen das Interesse deutlich, daß auf amerikanischer Seite an diesem ausdrücklich nur einseitig gedachten Transfer besteht. Ein prägnantes Beispiel, welche Anwendung zivile Technologie haben kann, ist der Mikrowellenherd. In Japan ist eine mikrowellenabsorbierende Beschichtung zur Isolierung entwickelt worden, die zur Absorbierung von Radarstrahlen bei Flugkörpern verwendet werden könnte.

Zwar gibt es auf japanischer Seite noch gewisse Vorbehalte und Verzögerungstaktik bei der

Umsetzung des Abkommens, insbesondere, weil die Befürchtung besteht, daß amerikanische Firmen die erhaltenen Technologien nicht nur exklusiv militärisch sondern auch für eigene zivile Produkte verwenden und so eine ungewollte Konkurrenz entsteht. Ähnliches wird schließlich von japanischen Firmen umgekehrt seit langem praktiziert. Dennoch ist das Abkommen ein deutlicher Schritt in die bereits genannte Richtung, nämlich das amerikanische Forschungspotential um das japanische zu erweitern. Gleichzeitig ist damit erstmals auf japanischer Seite das Verbot des Exports von Rüstungsgütern durchlöchert worden.

Der dritte Bereich betrifft das jüngste japanische Rüstungsprogramm.²⁴ Gegenüber dem Haushaltsjahr 1981, also mit dem Amtsantritt der Regierung Nakasone, ist bis 1986 eine Zunahme des Verteidigungsetats von 2,40 auf 3,34 Tril. Y zu verzeichnen. Das ist um so bemerkenswerter, als die meisten anderen Etatposten aufgrund des Austerität-Kurses der Regierung konstant blieben oder sogar rückläufig waren. Folglich hat sich der Anteil des Verteidigungsetats am Gesamthaushalt, der lange Zeit rückläufig war, seit 1981 von 5,13 auf 6,18 Prozent erhöht. Wirft man einen Blick auf die Beschaffungsliste der letzten Jahre, wird sehr deutlich, daß die Marine und Luftwaffe mit Gerät zur Aufklärung und U-Boot-Bekämpfung, aber auch mit weiteren Kampfflugzeugen, U-Booten und größeren Überwasser-einheiten deutlich bevorzugt wurde. Diese Bevorzugung hat bereits öffentlichen Protest bei den Bodentruppen hervorgerufen. Es werden also seit einigen Jahren tatsächlich Anstrengungen unternommen, die von den USA gewünschten strategischen Funktionen durch eine entsprechende Beschaffungspolitik wahrnehmen zu können. Daß man dabei offiziell immer noch im Rahmen des Ein-Prozent-Limits bleiben konnte (1985 = 0,997% des BSP!) ist neben statistischen Manipulationen dem vergleichsweise hohen Wirtschaftswachstum zu verdanken. Es ist aber bereits jetzt absehbar, daß diese Grenze im Rahmen des laufenden fünfjährigen Verteidigungsaufbauplans fallen muß, wenn die Vorhaben realisiert werden sollen.

Japan ist demnach auf dem Weg, eine zu den USA komplementäre regionale Militärmacht zu werden, deren strategische Aufgaben über die bloße Verteidigung der Inseln hinausgehen. Seiner Armee kommt daher eine klar definierte Entlastungsfunktion für die 7. Flotte im Nordpazifik zu. Lastenteilung heißt mithin, Japan überläßt den USA weiterhin die Rolle des militärischen und politischen Hegemons, beteiligt sich aber in zunehmendem Maße an den hegemonialen Kosten, und ist strategisch auf dem Weg, eine Art NATO-Status in Ostasien zu bekommen.

Die dritte und vierte Option, zwar diskutiert aber bislang ohne besondere praktische Relevanz, sollen der Vollständigkeit halber genannt werden. Option vier könnte als *japanische Variante des Gaullismus* (Kataoka 1980) bezeichnet werden. Sie liefe darauf hinaus, unabhängig von den USA eine Regionalmacht aufzubauen, wie das in wirtschaftlicher Hinsicht bereits der Fall ist. Sie verstünde sich zwar nicht gegen die USA gerichtet, würde sich aber aus eigenen Interessen definieren. Das setzte allerdings eine erheblich stärkere Ausweitung des Rüstungsetats als bislang vorgesehen und auch den Aufbau einer eigenen Nuklearmacht voraus. Es spricht allerdings einiges dafür, daß nicht nur wenige Publizisten am rechten Rand des Meinungsspektrums sondern auch der rechte Flügel der Regierungspartei inklusive Nakasone mit einer solchen Vorstellung liebäugeln. Die Debatte um eine solche Politik kann zumindest als Test interpretiert werden, wie weit die japanische und inter-

nationale öffentliche Meinung in dieser Hinsicht bereits belastbar ist. Sie zeigt auch, daß die bei amerikanischen oder westeuropäischen Politikern so selbstverständliche Vereinnahmung Japans als eine Macht des Westens dort nicht unbedingt geteilt wird. Aus japanischer Perspektive liegt auch die Sowjetunion im Westen. Das Bündnis mit den USA war zunächst Ergebnis der militärischen Niederlage und wurde so lange von japanischen Regierungen akzeptiert, wie die USA in jeder Hinsicht eine Vorbildfunktion hatten. Die Zeiten haben sich aber geändert. Das trotz der militärischen Niederlage ungebrochene politische Selbstbewußtsein ist durch die wirtschaftlichen Erfolge nur gestärkt. Ezra Vogels Buch »Nihon ichiban« (Japan as Number One) ist deshalb dort so populär, weil es in einem sehr umfassenden Sinne verstanden wird.

Die fünfte Option²⁵ mutet derzeit eher phantastisch an und macht nur vor dem Hintergrund einer langfristigen historischen Betrachtung Sinn. Wenn es zutrifft, daß sich die amerikanische Hegemonie nicht nur in der Krise sondern bereits im Abstieg befindet, stellt sich natürlich die Frage: Was folgt auf die Ära der »Pax Americana«? Der militärische Herausforderer, die Sowjetunion, weist in allen anderen Dimensionen für eine Hegemonialmacht (Technologie, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, kulturelle und ideologische Ausstrahlung, Innovationskraft im weitesten Sinne) eher strukturelle Schwächen und Defizite auf, die darauf hinweisen, daß die Sowjetunion ihren Zenit bereits erreicht wenn nicht überschritten hat.²⁶ In der bisherigen Geschichte seit der frühen Neuzeit hat sich aber erwiesen, daß eine wesentliche Grundlage für Hegemonie die Innovationskraft einer Gesellschaft war, die sich dann in überlegene technologische, wirtschaftliche und schließlich militärische Leistungsfähigkeit umgesetzt hat. Ohne die Fortschritte in Schiffbau und Navigation hätte der frühe Aufstieg der Portugiesen und Niederländer nicht stattfinden können; ohne die Industrielle Revolution wäre die »Pax Britannica« des 19. Jahrhunderts nicht denkbar gewesen.

Damit stellt sich die Frage, ob nicht nach einer Zwischenphase, die man als hegemoniales Patt bezeichnen könnte, Japan, evtl. im Verbund mit den ostasiatischen Schwellenländern, der Kandidat für eine künftige Hegemonialmacht ist, sich also an die »Pax Americana« die »Pax Nipponica« anschließt. Zumindest die innovativen Voraussetzungen nicht nur technologischer sondern auch institutioneller Art, gemeint ist die Art und Weise wie der derzeitige technologische und strukturelle Wandel gesellschaftlich verarbeitet wird, scheinen hier gegeben. Immerhin zeigt sich im jüngsten Verhältnis zu den USA eine historische Parallele zur Zwischenkriegszeit. Damals vermochte England die Attitüde der Hegemonialmacht nur noch zu behaupten, weil es in starkem Maße von den USA alimentiert wurde. Diese verharrten in ihrer isolationistischen Rolle, obwohl sie bereits wirtschaftliche Supermacht waren, und überließen England weitgehend das weltpolitische Feld. Das änderte sich erst grundsätzlich während des Zweiten Weltkriegs. Die USA wurden 1914 erstmalig in ihrer Geschichte zum Nettokapitalexporteur. Seit 1983 haben sie diesen Status wieder verloren und werden seitdem von Japan alimentiert. Eine solche Betrachtung, für die in Hierarchien denkenden Japaner sicherlich mit einiger Faszination verbunden, hat allerdings vorläufig noch zu geringe empirische Evidenz. Eine Denkmöglichkeit ist sie immerhin.

Anmerkungen

- 1 Dieser Vertrag wurde am 19. 1. 1960 erneuert und verlängert sich seitdem mit einjähriger Kündigungsfrist automatisch.
- 2 Unter dem Begriff Hegemonie oder Hegemonialmacht im Unterschied zur Supermacht wird verstanden, daß eine Hegemonialmacht in allen gesellschaftlichen Dimensionen eine Dominanz ausübt, während der Begriff Supermacht für eine starke Position in *einer* dieser Dimensionen reserviert bleibt. In diesem Sinne sind die USA eine Hegemonialmacht, die Sowjetunion eine militärische und Japan eine wirtschaftliche Supermacht.
- 3 Vgl. zu diesen und den folgenden Daten zur Zahlungsbilanz und zum Regierungshaushalt Economic Report of the President (1986), S. 339 ff. und 366 ff.; Japan Times vom 31. 1. 1986.
- 4 Aus der zahlreichen Literatur zum Thema Hegemonie und US-Hegemoniekrise vgl. in Auswahl Kegley/McGowan (1979); Modelski (1979); Cline (1980); Fröbel u.a. (1981); Arrighi (1982); Olson (1983); Lotta (1984); Stein (1984); Russett (1985); Schubert (1985); Senghaas (1986).
- 5 Vgl. dazu Japan Times vom 11. 1. 1986; Asian Security (1985), S. 152.
- 6 Vgl. dazu die sehr aufschlußreiche Analyse bei Herrmann (1986), Teil I.
- 7 Ein Schlüsseldokument dazu ist »Report of Defense Science Board Task Force on Industry-To-Industry International Cooperation« (1984). Teil I bezieht sich auf Westeuropa. Teil II auf Japan.
- 8 Vgl. dazu das seit 1976 jährlich erscheinende Weißbuch »Defense of Japan«, das vom japanischen Verteidigungsamt herausgegeben wird, sowie das halboffizielle Jahrbuch »Asian Security«. Die folgenden Angaben über die Truppenstärken sind jeweils den Jahrgängen 1977 und 1985 entnommen.
- 9 Hinzu kommt evtl. noch die Nutzung des kambodschanischen Hafens Kompong Som.
- 10 Zum Komplex Rüstung vgl. Fabig (1984); McIntosh (1986); Drifte (1986) mit sehr guten Daten.
- 11 So werden z.B. die Pensionszahlungen für ehemalige Soldaten nicht mitgezählt. Nach NATO-Kriterien dürfte das Verteidigungsbudget bei 1,5-2% des BSP liegen.
- 12 Vgl. dazu die 1982 vom amerikanischen Abgeordnetenhaus veranstalteten Hearings »United States-Japan Relations« (1982); ferner Schlosstein (1984); Wolf (1984).
- 13 Neben dem in FN 7 zitierten Bericht, der das rüstungstechnologische Interesse der USA dokumentiert, ferner Sloan (1981) und Nanto (1981).
- 14 Vgl. dazu das regierungsoffizielle »Diplomatic Bluebook« von 1985 sowie den berühmten »Wise Mens-Report« einer gemeinsamen US-japanischen Kommission »Challenges and Opportunities in United States — Japan Relations« (1984); Als Hintergrund den Sammelband Katz/Friedman-Lichtschein (1985).
- 15 Vgl. dazu die Berichte der »External Economic Policy Study Group« (1980) und der »Comprehensive National Security Group« (1980), die beide 1979 vom früheren Premierminister Ohira eingesetzt wurden. Dazu Barnett (1985); Chapman u.a. (1983).
- 16 Vgl. dazu den Bericht der »Pacific Basin Cooperation Study Group« (1980).
- 17 Vgl. dazu die Beiträge in »Japan's Defense Debate« (1981), insbesondere die einleitenden Beiträge von Takubo und Murakami.
- 18 Größtes Aufsehen in dieser Richtung hat 1980 der Aufsatz von Shimizu Ikutaro »Japan soll ein Staat werden« erregt. Vgl. Shimizu (1980).
- 19 Repräsentativ ist hier Inoki Masachimi, Direktor des regierungsnahen »Research Institute for Peace and Security«, das auch das Jahrbuch »Asian Security« herausgibt. Inoki war auch Vorsitzender der Kommission, die den Bericht über »National Comprehensive Security« erarbeitet hat. Vgl. Inoki (1981).
- 20 Diese und die folgenden Daten wieder aus »Economic Report of the President« (1986).
- 21 Qua Definition muß das gesamte Defizit von 107,4 Mrd. US-\$ der Leistungsbilanz durch die Kapitalbilanz, d.h. einen entsprechenden Kapitalimport, ausgeglichen werden. Bei den 30,5 Mrd. US-\$ handelt es sich vermutlich um sog. Koffergeschäfte, d.h. Kapital, das aus diversen Gründen illegal ins Land geflossen ist und deshalb nicht in der Kapitalbilanzstatistik erscheint. Der tatsächliche Kapitalimport betrug deshalb 1984 bereits 115,4 Mrd. US-\$.

- 22 Vgl. dazu »Survey of Current Business«, June 1986, S. 33.
- 23 *Electro-Optics Milimeter/Microwave Technology in Japan* (1985); Hermann (1986), Teil II, der sich mit den US-Interessen an Japan befaßt.
- 24 Die folgenden Daten stammen aus Drifte (1986).
- 25 In diese Richtung spekuliert Vogel (1986), ohne allerdings eine klare Stellung zu beziehen.
- 26 Vgl. dazu die interne »Studie von Nowosibirsk« (1984), vermutlich von der sowjetischen Soziologin Tatjana Saslowskaja verfaßt, die in deutlicher Weise die strukturellen Probleme der Sowjetunion darlegt.

Literatur

- Ahrens-Thiele, D. (1977): *Japans Rohstoffpolitik im Kräftefeld Moskau-Peking*, Hamburg, Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr. 90
- Arrighi, G. (1982): *A Crisis in Hegemony*, in: Samir Amin u.a., *Dynamics of Global Crisis*, New York.
- Asian Security* (1979 ff.), Tokyo, Research Institute for Peace and Security
- Barnett, R. F. (1985): *Beyond War. Japan's Concept of Comprehensive National Security*, Elmsford
- Brzezinski, Z. (1985): *East Asia and Global Security: Implications for Japan*, in: Katz/Friedman-Lichtschein (1985)
- Byers/Ing (1985): *Sharing the Burden on the Far Side of the Alliance: Japanese Security in the 1980s.*, in: Katz/Lichtschein (1985)
- Cline, R. S. (1980): *World Power Trends and U.S. Foreign Policy for the 1980s*, Boulder
- Challenges and Opportunities in United States-Japan Relations*. A Report Submitted to the President of the United States and the Prime Minister of Japan by the United States-Japan Advisory Commission (1984)
- Chapman/Drifte/Gow (1983): *Japan's Quest for Comprehensive Security: Defense-Diplomacy-Dependence*, London
- The Comprehensive National Security Study Group (1980): *Report on Comprehensive National Security*, Tokyo
- Curtis, G. L. (1981): Japanese Security Policies and the United States, in: *Foreign Affairs* 59. 1981, 4
- Diplomatic Bluebook 1985 Edition*. Review of Recent Developments in Japan's Foreign Relations, Tokyo
- Dower, J. (1979): *Empire and Aftermath*. Yoshida Shigeru and the Japanese Experience 1878-1954
- Drifte, R. (1986): *Arms Production in Japan*. The Military Applications of Civilian Technology, Boulder
- Economics Report of the President*. Transmitted to the Congress February 1986, Washington D.C.
- Electro-Optics Millimeter/Microwave Technology in Japan*. Report of DoD Technology Team, Washington, Department of Defense (1985)
- The External Economic Policy Study Group (1980): *Report on External Economic Policy*, Tokyo
- Fabig, K. (1984): *Japan: Wirtschaftsriese — Rüstungszweig*. Die japanische Rüstungs- und Verteidigungspolitik seit 1945, Bochum
- Farnsworth, L. (1981): Japan in 1980: The Conservative Resurgence, in: *Asian Survey* 21. 1981, 1
- Finn, R. B. (1983): Does the US Want a Big Japan?, in: *Asia Pacific Community* 19. 1983
- Fröbel/Heinrichs/Kreye (1981): *Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie*, Reinbek b. Hmg.
- Glazer, H. (1985): Prospects for Technological Transfer: Expansion into Defense-Related Fields?, in: *East Asian Executive Reports* 7. 1985, 1
- Halliday, J. (1975): *A Political History of Japanese Capitalism*, New York
- Herbinger, W. J. (1985): *Von Japan lernen?* Relevanz seiner Erfahrungen für die Entwicklungsländer, Saarbrücken
- Herrmann, R. (1986): *Rüstungskooperation, Technologietransfer und Exportkontrolle: Zur Problemlage der amerikanischen Verbündeten*. 3 Bde., Köln, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 32-1986, 38-1986, 39-1986
- Hook, G. D. (1982): Alternative Security, in: *Orientation Seminars on Japan, No. 9*, Tokyo, The Japan Foundation.
- Inkster, I. (1980): *Japan as a Development Model?* Relative Backwardness and Technological Transfer, Bochum.
- Inoki, M. (1981): From Utopian Pacifism to Utopian Militarism, in: *Japan's Defense Debate* (1981)
- Japan's Defense Debate* (1981), Tokyo, Foreign Press Center, Reference Reading Series 5
- Johnson, Ch. (1982): *MITI and the Japanese Miracle*. The Growth of Industrial Policy, 1925-1975, Stanford
- Kamishima, J. (1981): The Tradition and Realism of Demilitarization, in: *Japan's Defense Debate* (1981)
- Kataoka, T. (1981): *Waiting for a »Pearl Harbour«*. Japan Debates Defense, Stanford
- Katz/Friedman-Lichtschein (1985): *Japan's New World Role*, Boulder
- Kegley/McGowan (1979): *Challenges to America*. United States Foreign Policy in the 1980s, Beverly Hills

- Kerns, H. (1982): A Gas Clouds Japan-Soviet Plans for Siberia. A Outfall in the East, in: *Far Eastern Economic Review* 23. 1982, 7
- Komiya, R. (1980): Japan's Alarming Turn to the Right. The Political, Economic, and Social Situation, in: *Japanese Economic Studies* 8. 1980, 4
- Kraus, W. (1982): *Die japanische Herausforderung*, Berlin
- Lecher/Welsch (1983): *Japan. Mythos und Wirklichkeit*, Köln
- Lotta, R. (1984): *America in Decline*. An Analysis of the Developments Toward War and Revolution, in the U.S. and Worldwide, in the 1980s. Bd. 1, Chicago
- McIntosh, M. (1986): *Japan Re-armed*, London
- Modelski, G. (1979): Long Cycles and US Strategic Policy, in: *Policy Studies Journal*, 1979, 8
- Murakami, K. (1981): The Postwar Defense Debate, in: *Japan's Defense Debate* (1981)
- Nanto, D. (1981): *Japan's Defense Expenditures and Policy: Recent Trends and Comparisons with the United States*, Washington, Congressional Research Service, The Library of Congress, Report No. 81-214 E
- Olson, M. (1983): *The Rise and Decline of Nations*, New Haven
- Otake, H. (1985): Konrad Adenauer und Shigeru Yoshida. Die Wiedergeburt des Liberalismus als konservative Ideologie, in: *Japan direkt* Nr. 5, 1985
- Ozaki, R. S. (1985): *Introduction: The Political Economy of Japan's Foreign Relations*, in: Ozaki/Arnold: *Japan's Foreign Relations. A Global Search for Economic Security*, Boulder
- The Pacific Basin Cooperation Study Group (1980): *Report on the Pacific Basin Cooperation*, Tokyo
- Patrick/Rosovsky (1976): *Asia's New Giant*. How the Japanese Economy Works, Washington
- Report of Defense Science Board Task Force on Industry-To-Industry International Armaments Cooperation*. Phase II, Washington, Office of the Under Secretary of Defense for Research and Engineering (1984)
- Russet, B. (1985): The Mysterious Case of Vanishing Hegemony; or, Is Mark Twain Really Dead?, in: *International Organization* 39. 1985, 2
- Sakamoto, Y. (1986): Rejecting the Military Path, in: *Japan Echo* 13. 1986, 1
- Schlossstein, St. (1984): *Trade War*. Greed, Power, and Industrial Policy on Opposite Sides of the Pacific, New York
- Schubert, A. (1985): Untergräbt die Stärke der USA die Fundamente der Weltwirtschaft?, in: *Prokla* 59. 1985, 2
- Senghaas, D. (1986): *Die USA in der Hegemoniekrise*, in: ders., *Die Zukunft Europas*. Probleme der Friedensgestaltung, Frankfurt
- Shimizu, I. (1980): Kaku No Sentaku: Nippon Yo, Kokka Tare, in: *Shokun* 12. 1980, 7
- Sloan, St. R. (1981): *Defense Burden Sharing: U.S. Relations with NATO Allies and Japan*, Washington, Library of Congress, Issue Brief No. IB81067
- Stein, A. A. (1984): The Hegemon's Dilemma: Great Britain, the United States, and the International Economic Order, in: *International Organization* 38. 1984, 2
- Die Studie von Nowosibirsk, in: *Osteuropa-Archiv*, Januar (1984).
- Takubo, T. (1981): The Recent Debate over Defense, in: *Japan's Defense Debate* (1981)
- United States-Japan Relations*. Hearings before the Committee on Foreign Affairs House of Representatives and the Subcommittees on International Economic Policy and Trade and on Asian and Pacific Affairs, Ninety-Seventh Congress, Second Session, Washington D.C. (1982)
- Vernon, R. (1983): *Two Hungry Giants: United States and Japan in the Quest for Oil and Ores*, Cambridge, Mass.
- Vogel, E. F. (1982): *Japan as Number One*. Lessons for America, Tokyo
- Vogel, E. F. (1986): Pax Nipponica?, in: *Foreign Affairs* 64. 1986, 4
- Wolf, Martin J. (1984): *The Japanese Conspiracy: The Plot to Dominance Industry Worldwide — and How to Deal with It*, London